

Gettorf hat sich auf den Weg gemacht, um bis 2035 eine klimaneutrale Gemeinde zu werden. Ein Baustein dafür wäre ein Nahwärmenetz, an dem sich die Bürger direkt beteiligen können. Bei der Einwohnerversammlung der Gemeinde Gettorf, zu der gut 180 Bürger kamen, stellte Bioenergie-Geschäftsführer Martin Laß die Projektidee eines Bürgerwärmenetzes vor.

„Die Idee, ein Netz mit Bürgerbeteiligung zu errichten, ist im Bereich eines Wärmenetzes neu, aber beispielsweise schon vielfach bei der Windenergie an der Westküste realisiert worden“, sagte Laß. Als „Bürgernetz Gettorf GmbH & Co. KG“ könnten Bürger, Gemeinde und Erzeuger gemeinsam Eigentümer des Wärmenetzes werden. Externe Großinvestoren, Energieversorger oder Konzerne, die mit rein wirtschaftlichem Blick hauptsächlich auf Gewinnmaximierung aus sind, blieben außen vor.

Laß sieht den Vorteil einer Beteiligung von Gemeinde und Bürgern darin, dass eine größtmögliche Transparenz geschaffen wird und eine Preisgestaltung sich nicht an nur rein wirtschaftlichen Interessen bemisst, sondern auch soziale Aspekte berücksichtigt. Mit einem Gesellschaftsanteil von 25,1 Prozent hätte die Gemeinde bei wichtigen Entscheidungen eine Sperrminorität. Auch ohne die Bürger, die sich mit 25,1 bis maximal 74,9 Prozent an der „Bürgernetz Gettorf GmbH & Co. KG“ beteiligen können, könnte keine Entscheidung getroffen werden. Die Erzeuger selbst wären nur dann beteiligt, wenn das benötigte Kapital nicht zusammenkommt. Geprüft wird das gesamte Konstrukt von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die auch verlangt, dass für die Anleger ein Prospekt erstellt wird, der die Anlagemöglichkeiten darstellt und auch die Risiken aufzeigt.

Konkret kann man die Idee am geplanten Bereich Hasselrott und Bornsteiner Straße festmachen, der gut 500 Haushalte hat und über ein Heizhaus am Klärwerk versorgt werden könnte. Um die Wärme von dort in die Haushalte zu transportieren, müsste ein rund 16000 Meter langes Wärmenetz gebaut werden. Die Gesamtkosten für das Wärmenetz schätzt Laß auf etwa elf Millionen Euro. 40 Prozent davon werden gefördert, so dass rund 6,6 Millionen Euro als Investition übrig blieben. „Etwa 1,5 Millionen Euro müssten aus Eigenkapital gedeckt werden“, erklärte Laß. Das ist die Summe, die die „Bürgernetz Gettorf GmbH & Co. KG“ aufbringen muss.

Knapp 380000 Euro müsste die Gemeinde investieren, um genügend Anteile für eine Sperrminorität zu haben, mit der sie wichtige Beschlüsse wie beispielsweise die Aufnahme und den Ausschluss von Gesellschaftern, den Verkauf des Netzes oder der gesamten Gesellschaft oder auch Wärmeeinkaufsverträge verhindern könnte.

„Eine Investition in das Wärmenetz rechnet sich“, sagte Laß. Die jährliche Rendite, die an die Eigentümer ausgezahlt wird, läge rund zwei bis vier Prozent über der allgemeinen Inflation. Investiere ein Bürger beispielsweise rund 7500 Euro, dann könne er mit der Rendite etwa 25 Prozent seiner Jahreswärmekosten einsparen.

Kommt das nötige Kapital nicht zustande, dann würden die Wärmeerzeuger den verbleibenden Rest auffüllen, so Laß. Am Ende seien alle drei Gesellschaftergruppen bei wichtigen Entscheidungen aufeinander angewiesen, sprich eine Einigung zwischen ihnen ist nötig. „Das macht das ganze Konstrukt stabil“, sagt Laß. Die Idee, dass die „Bürgernetz Gettorf GmbH & Co. KG“ Eigentümerin des Netzes ist, gibt den Erzeugern die Möglichkeit, sich ganz auf ihr Kerngebiet der Energieerzeugung zu konzentrieren. Alleine könnten wir den kompletten Netzausbau in Gettorf finanziell nicht stemmen, so Laß. Ein Wärmenetz in Bürgerhand hätte den Vorteil, dass alle aktiv an der Energieversorgung beteiligt seien und sie dadurch mitbestimmen können. Das schaffe maximale Transparenz und erhöhe Akzeptanz der Energiewende. Zudem würde die Wertschöpfung direkt in der Region bleiben.

Eine Idee, die bei den Gettorfern ankam. Ein Wärmenetz lebt davon, dass viele Mitmachen, sagte Laß. Die Bereitschaft ist groß, fast alle 180 Besucher der Einwohnerversammlung meldeten sich bei

der Frage, wer Interesse an einer Beteiligung habe. Ein Signal an die Gemeinde, den Prozess zu moderieren und auf den Weg zu bringen.